



Nr. 18

13. Mai 2026

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Beamtinnen und Beamte des Bundes

[Besoldung: dbb begrüßt Gesetzentwurf trotz Änderungsbedarfs](#)

dbb frauen

[Reform des Allgemeines Gleichbehandlungsgesetzes:
Wichtiger Schritt fehlt](#)

dbb frauen

[Bundesregierung darf Familien nicht verunsichern](#)

dbb senioren

[Pflegekräfte leisten weit mehr als „nur“ ihren Beruf](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Hauptausschuss beschließt einstimmig Besoldungsanpassung](#)

Thüringen

[Vorstoß zur Abschaffung der „Vorrechte“ des Beamtentums
zurückgewiesen](#)

Schleswig-Holstein

[Austausch über öffentlichen Dienst mit Staatssekretärin
Franziska Richter](#)

Verband Deutscher Realschullehrer wird zum Bundesverband Reale Bildung

[Bundesdelegiertenversammlung markiert den Beginn einer neuen Ära](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ

[Paketflut im Onlinehandel: Warnung vor Kollaps der Zollabfertigung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Beamtinnen und Beamte des Bundes Besoldung: dbb begrüßt Gesetzentwurf trotz Änderungsbedarfs

Der Gesetzentwurf zur amtsangemessenen Alimentation bringt wichtige Verbesserungen. In seiner Stellungnahme weist der dbb aber auch auf entscheidende Schwächen hin.

„Mit dem Gesetzentwurf wird der Tarifabschluss aus dem April im Wesentlichen übertragen, das entspricht unserer Forderung“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 11. Mai 2026. „Um die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung endlich umzusetzen, wurde außerdem die Grundgehaltstabelle völlig neustrukturiert. Bei dieser Reform ist der Wille von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und seinem Haus deutlich erkennbar, die verfassungsrechtlichen Vorgaben wie das Leistungsprinzip und das Abstandsgebot zu stärken. Nach Jahren des Stillstands und untauglichen Gesetzentwürfen vergangener Regierungen, ist das ein echter Fortschritt. Allerdings ist in vielen Einzelregelungen ebenso deutlich erkennbar, dass es nicht immer um die gerechteste, sondern um die preiswertere Lösung ging. Besonders kri-

tisch sehen wir die Abkehr vom Alleinverdienermodell als Berechnungsgrundlage für die Besoldung.“

Heini Schmitt, Fachvorstand für Beamtenpolitik des dbb, erläuterte dazu: „Die Abkehr vom Alleinverdienermodell ist nach unserer Überzeugung mit dem Grundgesetz und den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar. Der Dienstherr versucht, sich damit seiner Alimentationsverpflichtung gegenüber den Beamtinnen und Beamten und ihren Familien zu einem nennenswerten Teil zu entziehen. Damit wird das Alimentationsprinzip ausgehebelt. Wir werden vor allem dazu, aber auch zu anderen Aspekten des Gesetzentwurfs, mit dem Bundesinnenministerium nochmal ins Gespräch gehen und konstruktive Vorschläge einbringen.“

dbb frauen

Reform des Allgemeines Gleichbehandlungsgesetzes: Wichtiger Schritt fehlt

Die Modernisierung des AGG ist richtig und notwendig. Aber die Lebensrealität von Frauen muss dabei konsequent mitgedacht werden, und zwar analog wie digital.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung den Diskriminierungsschutz modernisieren und Betroffene künftig besser unterstützen will“, betonte Milanie Kreuz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellv. dbb-Bundesvorsitzende, am 7. Mai 2026. „Gerade die verlängerten Fristen und die Stärkung der Antidiskriminierungsstelle sind wichtige Schritte hin zu mehr Rechtsschutz im Alltag und im Berufsleben.“ Dass Schwangerschaft und Mutterschaft künftig stärker berücksichtigt werden sollen, sei überfällig.

Allerdings bleibe der Gesetzentwurf an einer entscheidenden Stelle stehen: „Wer Fürsorgeverantwortung übernimmt, erlebt noch immer massive Benachteiligungen im Erwerbsleben“, erklärte Kreuz. „Carearbeit darf kein Karrierehemmnis sein. Deshalb muss Fürsorgeverantwortung endlich ausdrücklich als Diskriminierungsmerkmal in den Schutzkatalog des AGG aufgenommen werden.“

Denn die Realität vieler Frauen ist: Eine Beschäftigte reduziert beispielsweise wegen der Pflege ihrer Mutter vorübergehend ihre Arbeitszeit und wird plötzlich bei Fortbildungen, Beförderungen oder Führungsaufgaben nicht mehr mitgedacht. Eine andere lehnt regelmäßig Abendtermine ab, weil sie die Betreuung ihrer Kinder organisieren muss, und gilt daraufhin im Team als „weniger engagiert“. Gleichzeitig erleben auch Männer Benachteiligungen, wenn sie familiäre Verantwortung übernehmen. Etwa dann, wenn einem Vater nach längerer Elternzeit signalisiert wird, Führungsverantwortung passe nicht mehr zu seinem „privaten Fokus“ oder er bei Beförderungen übergangen wird, weil er als nicht ausreichend verfügbar gilt. Die dbb frauen-Chefin kritisierte: „Das sind strukturelle Benachteiligungen und die müssen endlich auch als solche benannt werden.“

Kreuz weiter: „Der Gesetzentwurf bleibt auch hinter den Herausforderungen der digitalen Arbeitswelt zurück. Künstliche Intelligenz und au-

tomatisierte Entscheidungssysteme entscheiden zunehmend über Bewerbungen, Beförderungen oder Leistungsbewertungen. Wenn diese Systeme mit diskriminierenden Datensätzen trainiert werden, reproduzieren sie bestehende Ungleichheiten und verstärken sie sogar.“

Gerade Frauen laufen Gefahr, durch algorithmische Entscheidungen unsichtbar benachteiligt zu werden.

Wer wegen Teilzeit, Familienphasen oder unterbrochener Erwerbsbiografien von den Datenmustern abweicht, wird von automatisierten Systemen schnell schlechter bewertet. „Das ist keine neutrale Technologie, sondern kann digitale Diskriminierung mit scheinbarer Objektivität verschleiern“, kritisierte Kreutz. „Deshalb braucht es verbindliche Schutzmechanismen gegen Diskriminierung durch Künstliche Intelligenz. Gleichstellung darf nicht im Algorithmus verloren gehen.“

dbb frauen

Bundesregierung darf Familien nicht verunsichern

Auf Druck des Bundesfinanzministeriums soll Bundesfamilienministerin Karin Prien beim Elterngeld sparen. Die dbb frauen protestieren.

„Pünktlich zum Muttertag darüber zu diskutieren, Familienleistungen zusammenzustreichen und ausgerechnet das Elterngeld zu kürzen, ist schon ein bemerkenswertes politisches Timing“, kritisierte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellv. dbb-Bundvorsitzende, am 8. Mai 2026. „Blumen und Dankesreden am Sonntag helfen wenig, wenn am Montag Familienpolitik kaputtgespart wird. Manchmal fragt man sich, ob das Realsatire ist, was wir hier erleben.“

Familienleistungen infrage zu stellen, sei ein fatales Signal. „Familien halten dieses Land jeden Tag am Laufen. Die Politik darf ihnen nicht permanent mehr Verantwortung aufladen und gleichzeitig die Unterstützung zusammenstreichen. Das wirkt wie ein gesellschaftlicher Brandbeschleuniger“, unterstrich Kreutz.

Es sei schwer vermittelbar, warum über Kürzungen beim Elterngeld diskutiert wird, während das Ehegattensplitting unangetastet bleibt. „Das Splitting in seiner jetzigen Form bindet Milliarden und verfestigt gleichzeitig traditionelle Rollenverteilungen“, erklärte die dbb frauen-Chefin. Die Politik solle lieber echte Anreize für die Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden schaffen, denn die aktuelle Regelung gehe meistens zulasten von Frauen.

Kreutz weiter: „Hier wird gerade sehenden Auges der gesellschaftliche Zusammenhalt, der ohnehin am seidenen Faden hängt, gefährdet. Viele Menschen arbeiten längst am Limit zwischen Beruf, Kindern, Pflege und steigenden Kosten. Irgendwann ist das Maß voll.“

Die Politik unterschätze massiv, wie groß die Erschöpfung und Verunsicherung vieler Familien inzwischen ist. „Wenn Menschen das Gefühl bekommen, trotz harter Arbeit, Kindererziehung und Pflege permanent schlechter gestellt zu werden, gefährdet das das Vertrauen in politische Institutionen und ‚die da oben‘“, gab Kreutz zu bedenken.

„Beim Elterngeld gibt es durchaus Reformbedarf. Aber wer es kürzen will, ist auf dem Holzweg. Wir müssen nicht weniger, sondern mehr investieren“, machte Kreutz deutlich. „Reformen sollten darauf abzielen, stärkere Anreize für Väter zu schaffen, länger Elternzeit zu nehmen und Sorgearbeit gerechter aufzuteilen. Gleichzeitig müssen Mindest- und Höchstbeiträge endlich angehoben und an die Inflation angepasst werden.“

Kreutz kündigte an, sich als Gewerkschaft und Zivilgesellschaft entschieden dagegenzustellen, dass ausgerechnet Eltern und Kinder erneut die Hauptlast politischer Sparmaßnahmen tragen sollen. „Wer glaubt, man könne den Sozialstaat auf dem Rücken von Familien sanieren, hat den Ernst der Lage offensichtlich nicht verstanden.“

Wenig Verständnis hat Kreutz auch dafür, dass die Debatte über mögliche Kürzungen ausgerechnet jetzt geführt wird: „Vor wenigen Tagen wurde noch überall über die dramatisch eingebrochene Geburtenrate in der Nachkriegszeit berichtet. Und welchen Schluss zieht ausgerechnet das Bundesfinanzministerium daraus? Familienleistungen sollen gekürzt werden. Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen.“

Viele junge Menschen verschieben ihren Kinderwunsch aus finanzieller Unsicherheit immer weiter nach hinten. Kreuz: „Gerade deshalb müsste eigentlich alles darangesetzt werden, Familienplanung zu unterstützen, Verlässlichkeit zu schaffen und Familien nicht zusätzlich finanziell zu verunsichern.“ Deutschland gehört inzwischen zu den ältesten Gesellschaften der Welt. Das Durchschnittsalter nähert sich Ländern wie Japan an und die beitragsfinanzierten

Sozialsysteme geraten durch den demographischen Wandel immer stärker unter Druck.

Kreuz empfahl Bundesfinanzminister Klingbeil, lieber dort anzusetzen, wo dem Staat tatsächlich Milliardensummen entgehen: bei Umsatzsteuerbetrug, überholten steuerpolitischen Fehlanreizen und einer gerechteren Besteuerung sehr hoher Vermögen und Kapitaleinkünfte.

dbb senioren

Pflegekräfte leisten weit mehr als „nur“ ihren Beruf

Die dbb bundesseniorenvertretung fordert weiterhin bessere Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten in Pflegeberufen.

„Sie leisten Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft – fachlich kompetent, menschlich zugewandt und oft weit über die Grenzen ihres eigentlichen Aufgabebereichs hinaus“, betonte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, anlässlich des Internationalen Tages der Pflege am 12. Mai 2026.

Pflege bedeute nicht allein medizinische Versorgung oder das Organisieren von Abläufen, würdigte der dbb-Seniorenchef die herausragende Arbeit von Alten- wie von Krankenpflegerinnen und -pflegern in Deutschland. Pflegekräfte begleiteten Menschen in schwierigen Lebenssituationen, schenken Zuwendung, geben Halt und sorgen dafür, dass Würde und Menschlichkeit auch in Krankheit, Alter und Pflegebedürftigkeit bewahrt bleiben. Gerade ältere Menschen erleben Pflegekräfte häufig als wichtigste Bezugspersonen im Alltag.

„Pflegekräfte üben nicht einfach nur einen Beruf aus. Sie übernehmen Verantwortung für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, hören zu, trösten und geben Sicherheit. Damit erfüllen sie eine Aufgabe von unschätzbarem Wert“, sagte Klitzing.

Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, wie belastend die Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen der Pflege sind. Hohe Arbeitsdichte, Personalmangel und zunehmende bürokratische Anforderungen erschweren den Berufsalltag erheblich.

„Die dbb bundesseniorenvertretung fordert daher bessere Rahmenbedingungen für Pflegeberufe. Dazu gehören eine verlässliche Personalbemessung, faire Bezahlung, mehr gesellschaftliche Anerkennung sowie ausreichend Zeit für menschliche Zuwendung. Denn gute Pflege braucht nicht nur Fachwissen, sondern auch Zeit, Empathie und Respekt“, so Klitzing.

Hintergrund: Der Internationale Tag der Pflegenden ist ein Aktionstag, der jährlich am 12. Mai begangen wird. Seit 1974 soll an diesem Tag die Arbeit von Pflegefachkräften gewürdigt und ihre Rolle im Gesundheitssystem hervorgehoben werden. Mit der Datumswahl wird an die im Jahr 1820 an diesem Tag geborene Florence Nightingale, die Pionierin der modernen Krankenpflege, erinnert.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Hauptausschuss beschließt einstimmig Besoldungsanpassung

Am 13. Mai 2026 hat der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2026 und 2027 und zur Änderung weiterer Vorschriften einstimmig beschlossen.

Nach dem einstimmigen Votum des Hauptausschusses ist davon auszugehen, dass dieses Gesetz in der nächsten Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 21. Mai 2026 abschließend beraten und (positiv) beschlossen wird.

Der dbb berlin erwartet nach der dann erfolgten Beschlussfassung unverzüglich die Zahlbarmachung an die Beamtinnen und Beamten sowie Ruhestandsbeamte/innen.

Thüringen

Vorstoß zur Abschaffung der „Vorrechte“ des Beamtentums zurückgewiesen

Aktuelle Vorschläge des CDU-Fraktionsvorsitzenden Andreas Bühl zur Einschränkung angeblicher „Beamtenvorrechte“ werden vom tbb abgelehnt.

Dabei geht es etwa um die Abschaffung eines freien Tages zum Dienstjubiläum, die Einschränkung des vorzeitigen Ruhestands mit 62 sowie der Wegfall von Sonderurlaubstagen.

Der tbb-Chef Frank Schönborn kritisierte die Unterstellung, es gäbe eine Art Sonderwillen für Beamtinnen und Beamte. Der freie Tag zum Dienstjubiläum nach 25, 40 oder 50 Jahren sei kein „Extra“, sondern eine seit Jahrzehnten etablierte Form der institutionellen Anerkennung langjähriger Dienstleistung im öffentlichen Dienst. Er stehe sinnbildlich für die besondere Erwartung an Loyalität, Kontinuität und jahrzehntelange Bindung an den Staat. Seine Abschaffung wäre ausschließlich ein Zeichen fehlender Wertschätzung gegenüber langjährig Beschäftigten, sowohl bei Beamtinnen und Beamten als auch im Tarifbereich.

Die Möglichkeit des vorzeitigen Ruhestands sei ebenfalls kein willkürliches Vorrecht, sondern Ausdruck der besonderen Anforderungen

bestimmter Tätigkeiten. Gerade in Bereichen wie Schule, Justiz oder Polizei ist die Belastung über Jahrzehnte hinweg erheblich. Diese Regelung stellt einen Ausgleich dar, wenn gesundheitliche und dienstliche Belastungen eine Tätigkeit bis zur Regelaltersgrenze faktisch erschweren. Sie ist damit Teil einer realistischen Personalpolitik und kein „Bonus“, der beliebig gestrichen werden kann, ohne die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu gefährden.

Der sogenannte Sonderurlaub pro Jahr sei auch kein zusätzlicher Vorteil im klassischen Sinne, sondern dient eng begrenzten dienstlichen und persönlichen Anlässen (z. B. dienstliche Verpflichtungen, familiäre Ausnahmesituationen oder besondere Ereignisse). Seine Abschaffung würde nicht zu mehr Gleichheit führen, sondern zu weniger Flexibilität in einem System, das ohnehin durch hohe Verlässlichkeit und geringe individuelle Gestaltungsspielräume geprägt ist.

Schleswig-Holstein

Austausch über öffentlichen Dienst mit Staatssekretärin Franziska Richter

Bei der Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und den damit zusammenhängenden gewerkschaftlichen Forderungen geht es oft um viel Geld. Deshalb hat der dbb schleswig-holstein mit Finanz-Staatssekretärin Franziska Richter über aktuelle Themen wie die Einkommensanpassung, die Höhergruppierungspraxis und die Wegstreckenentschädigung besprochen.

Breiten Raum nahm das Gesetzgebungsverfahren zur Besoldung der Beamtinnen und Beamten ein, mit dem nicht nur der letzte Tarifabschluss übertragen, sondern auch die erforderlichen Korrekturen zur Gewährleistung einer verfassungskonformen Alimentation vorgenommen werden sollen. Der dbb sh begrüßt

ausdrücklich, dass zu diesem „große Wurf“ angesetzt wird und unterstützt das Ziel, dass die Zahlungen so schnell wie möglich bei den Betroffenen ankommen. Dabei wird allerdings nicht ausgeblendet, dass es noch Differenzen gibt (zum Beispiel zur Zulässigkeit vom Part-

nereinkommen abhängiger Besoldungsbestandteile), die nachgelagert geklärt und gegebenenfalls korrigiert werden müssen.

Bei diesem Gesetzgebungsverfahren und dem vorgelagerten Tarifabschluss wird besonders deutlich, dass es um viel Geld geht: Der Tarifabschluss kostet das Land im laufenden Jahr 17 Millionen Euro und im Folgejahr 35 Millionen Euro; die Besoldungsanpassung schlägt unter Einbeziehung der erzwungenen Korrekturmaßnahmen sogar mit 282 (2026) beziehungsweise 181 Millionen (2027) Euro zu Buche – Mittel, die den Beschäftigten nicht zuletzt aufgrund gewerkschaftlicher Aktivitäten zusätzlich zufließen.

Der dbb sh untermauerte die Erwartungshaltung, dass auch die Wegstreckenentschädigung von aktuell 20 bzw. 30 Cent, die Beschäftigte beim Einsatz ihres privaten Pkw für dienstliche Zwecke erhalten, dringend ange-

passt werden muss. Während die Staatssekretärin auf nicht vorhandene Haushaltsspielräume hinwies, kann aus Sicht des dbb sh nicht akzeptiert werden, dass Beschäftigte draufzahlen müssen, um dienstliche Aufgaben zu erfüllen. Hier wird weiter um eine Lösung gerungen.

Nicht akzeptabel ist aus Sicht des dbb sh weiterhin die in Teilen des Tarifsektors gängige Praxis des Landes, Höhergruppierungen von einer Rückzahlungsverpflichtung der Beschäftigten im Falle einer erfolgreichen Verbandsklage der Arbeitgeber gegen das aktuelle Eingruppierungsrecht („Arbeitsvorgang“) abhängig zu machen. Diese Praxis führt nicht nur zu einer Verunsicherung der Betroffenen, sondern ist nach Überzeugung des dbb sh auch rechtswidrig. Deshalb fordert er, diese Maßnahmen einzustellen, um eine weitere rechtliche Auseinandersetzung zu vermeiden, die er aber gegebenenfalls keineswegs scheut.

Verband Deutscher Realschullehrer wird zum Bundesverband Reale Bildung Bundesdelegiertenversammlung markiert den Beginn einer neuen Ära

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) heißt ab sofort Bundesverband Reale Bildung (BVRB). Mit einer entsprechenden Satzungsänderung beschloss die Bundesdelegiertenversammlung am 8. Mai mit Zweidrittelmehrheit den Beginn einer neuen Ära.

Mit der Namensänderung reagiert der Verband auf die veränderten schulpolitischen Realitäten: „In vielen Bundesländern gibt es die klassische Realschule nicht mehr. Sehr wohl gibt es aber in allen Ländern Schülerinnen und Schüler, die den Mittleren Schulabschluss anstreben – und die deshalb eine fundierte reale Bildung brauchen. Und dafür sind wir der erste Ansprechpartner“, erklärt der Bundesvorsitzende Ralf Neuschwender.

Gleichzeitig betont der BVRB ausdrücklich, dass die Namensänderung nichts an seinem klaren Einsatz für den Erhalt und die Stärkung der Realschule verändert. Wo die Realschule besteht, bleibt der Verband weiterhin ihre starke bildungspolitische Stimme und setzt sich entschlossen für ihre starke Rolle und gesellschaftliche Anerkennung ein. Dies machten die Delegierten deutlich, indem der Bundesverband den Untertitel „Für Realschulbildung in Deutschland“ trägt.

Reale Bildung braucht im Übrigen auch die deutsche Wirtschaft. Der Mittlere Schulabschluss ist in Zeiten des Fachkräftemangels wichtiger denn je. Auch deswegen macht sich

der BVRB in einem einstimmig verabschiedeten Leitantrag stark für die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung sowie für eine noch engere Verzahnung von Schule und Wirtschaft. „Das Abitur ist nicht der alleinige Weg zum beruflichen Glück. Realschulen und verwandte Schulformen halten beide Wege offen: den zum Abitur und den zur Ausbildung in Handwerk, Industrie und Handel. Darum leistet reale Bildung einen elementaren Beitrag zur Fachkräftesicherung. Dem tragen wir mit unserem neuen Namen ebenfalls Rechnung“, so Neuschwender.

Als Leitplanke der bildungspolitischen Arbeit des BVRB in den kommenden vier Jahren beschloss die Delegierten einen Leitantrag, in dem sich der Verband stark macht für einen positiven Leistungsbegriff, eine starke Berufsorientierung an Schulen, eine fundierte Demokratiebildung, eine Null-Toleranz-Politik bei Gewalt gegen Lehrkräfte, eine pädagogisch sinnvolle Digitalisierung sowie ein qualitätsvolles differenziertes Bildungswesen.

In eine spannende Zukunft startet der BVRB mit einem neuen Vorstand. So wurde Ralf

Neugschwender als Bundesvorsitzender ebenso wie Sven Christoffer als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Als weitere Stellvertreter wurden Birgit Zollitsch und Benjamin Bajraktari erstmals in den Vorstand gewählt. Im Amt bestätigt wurden Schatzmeister Ingo Lürbke und Schriftführerin Madeleine Hel-

big. „Besonders freut mich, dass alle in unserem Vorstandsteam herausragende Wahlergebnisse erzielt haben. Wir starten mit viel Rückenwind. Der VDR ist Geschichte, aber reale Bildung ist aktueller und wichtiger als je zuvor. Darum ist mit dem BVRB mehr denn je zu rechnen“, unterstreicht Neugschwender.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ Paketflut im Onlinehandel: Warnung vor Kollaps der Zollabfertigung

Anlässlich der Vorstellung der Zoll-Jahresbilanz am Flughafen Leipzig/Halle warnt die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ vor einer weiteren Zuspitzung der Lage in der Paketabfertigung.

Die rasant steigenden Sendungsmengen im globalen E-Commerce bringen den Zoll bereits heute an die Grenzen des Leistbaren. Die ab dem 1. Juli 2026 vorgesehene pauschale Zollabgabe von 3 Euro auf Kleinsendungen aus Drittstaaten bewertet die BDZ zwar als positives Signal gegen Wettbewerbsverzerrungen und massenhafte Billigimporte. Entscheidend sei nun aber, ob die praktische Umsetzung rechtzeitig, digital und vollzugstauglich gelingt.

„Die Gebühr ist längst überfällig, aber sie löst nicht das Grundproblem beim Zoll“, erklärt der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel. „Wenn am Ende neue Abgaben beschlossen werden, aber die IT-Systeme, Schnittstellen und Kontrollkapazitäten nicht mitwachsen, entsteht nur ein weiterer Vollzugsstau.“

Entscheidend aus Sicht der deutschen Zollgewerkschaft ist nicht, ob eine neue Abgabe politisch beschlossen wird, sondern ob sie im Massengeschäft überhaupt vollzugstauglich umgesetzt werden kann. Bei Millionen Kleinsendungen helfen weder neue Gebühren noch neue Zollpauschalen, wenn Warenwert, Warentarifnummern, Produktkonformität, Risikodaten und Einfuhrwege nicht digital auswertbar und behördenübergreifend nutzbar sind.

Gerade an großen Luftfrachtstandorten zeigt sich, wie groß die Belastung bereits heute ist. Täglich erreichen hunderttausende Sendungen aus Drittstaaten deutsche Zollstandorte. Dabei entsprechen viele Waren nicht europäischen Sicherheits- und Produktstandards. Gleichzeitig laufen wesentliche Prozesse weiterhin über manuelle Nacharbeiten, unvollständige Daten und nicht ausreichend vernetzte IT-Verfahren. Liebel: „Solange moderne IT-Lösungen fehlen, wird die Excel-Liste zunächst die Geheimwaffe

des Zöllners bleiben. Das ist pragmatisch, aber kein Zustand für einen modernen Staat.“

Die BDZ fordert deshalb, die Einführung neuer Abgaben von Anfang an mit einer umfassenden digitalen Gesamtarchitektur zu verbinden. Dazu gehören leistungsfähige Zoll-IT, bessere Datenqualität der Plattformen und Paketdienstleister, automatisierte Risikoanalyse, KI-gestützte Auswertung, medienbruchfreie Schnittstellen sowie ein verbindlicher Datenaustausch mit Marktüberwachungs-, Produktsicherheits-, Steuer- und Ermittlungsbehörden. Nur wenn alle Beteiligten digital zusammenspielen, könne der Zoll risikobehaftete Sendungen gezielt herausfiltern, statt in der Masse unterzugehen.

Zugleich müsse die Politik bereits jetzt mögliche Umgehungsstrategien mitdenken. Unterschiedliche nationale Gebühren, Ausweichrouten über andere Mitgliedstaaten, falsche Warenwertangaben, Aufsplitten von Sendungen oder neue Lagerstrukturen innerhalb der EU könnten dazu führen, dass sich Warenströme verlagern, ohne dass tatsächlich mehr Sicherheit entsteht. Eine nationale oder europäische Regelung, die solche Effekte nicht einplant, verschiebe das Problem lediglich von einem Standort zum nächsten.

„Der globale Onlinehandel reagiert schneller als jede Verwaltungsvorschrift“, so Liebel. „Deshalb müssen Umgehungsmöglichkeiten, Ausweichverkehre und Datenlücken von Beginn an Teil der politischen Planung sein. Sonst laufen wir sehenden Auges in die nächste Überlastung.“

Die BDZ betont, dass Digitalisierung kein Ersatz für Kontrolle ist, sondern deren Voraussetzung. Moderne IT könne helfen, die riesige

Zahl an Sendungen zu strukturieren, Risiken zu erkennen und Personal zielgerichtet einzusetzen. Sie könne aber weder eine Warenbeschau durchführen noch gefälschte, gefährliche oder verbotene Produkte eigenständig aus dem Verkehr ziehen.

„Die beste IT-Lösung ersetzt keine physische Kontrolle – und sie ersetzt kein Personal“, fasst Liebel zusammen. „Wer den europäischen Binnenmarkt, ehrliche Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher schützen will,

muss den Zoll personell, technisch und organisatorisch so ausstatten, dass er seine Aufgaben auch tatsächlich erfüllen kann.“

Die deutsche Zollgewerkschaft BDZ fordert die Bundesregierung daher auf, die Zoll-Jahresbilanz nicht nur als Leistungsnachweis der Beschäftigten zu verstehen, sondern als politischen Handlungsauftrag: Der E-Commerce ist kein Randthema mehr, sondern eine zentrale Zukunftsfrage für Zoll, Verbraucherschutz, Steuergerechtigkeit und fairen Wettbewerb.

Namen und Nachrichten

In der Kommune kommt der Staat dem Bürger am nächsten. Annekathrin Grehling, seit 2005 Kämmerin in Aachen, erzählt im **dbb-Podcast** vom Kampf um ausgeglichene Haushalte, entrückten Berliner Politikern und immer komplexeren Aufgaben. Seit den 70er-Jahren hat sich die Finanzlage der Kommunen generell verschlechtert. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen vermehrt. Themen wie Denkmal- oder Klimaschutz, Inklusion und Bürgerbeteiligung sind wichtiger geworden, gesellschaftliche Entwicklungen wie Drogenmissbrauch, anhaltende Migration und soziale Spaltung haben sich verschärft und ziehen Investitions- und Personalbedarfe vor Ort in den Kommunen nach sich. Davon berichtet Annekathrin Grehling in der Mai-Folge des dbb-Podcasts „DienstTag“. „Außerdem haben wir eine große Grundsubstanz an Infrastruktur und Gebäuden, die in den 70ern entstanden sind und jetzt natürlich alle gleichzeitig sanierungsreif werden. Und schließlich kommen immer wieder völlig neue staatliche Angebote dazu, die von

anderen versprochen, aber vor Ort in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden müssen“, so die Kämmerin. Kommunalhaushalte aufzustellen sei früher auch nicht einfach gewesen. „Jetzt sind wir aber mit einem Haushaltsplan befasst, bei dem wir alle Register ziehen müssen, um überhaupt durch die Tür zu kommen. Die Aufgabenlast ist extrem.“ Den dbb-Podcast gibt es hier: <https://linktr.ee/dbb.online>.

Am 11. Mai 2026 kam es auf Einladung des Ministers der Finanzen Daniel Keller zu einem ersten Gespräch mit der Landesleitung des **dbb brandenburg**, die durch den Landesvorsitzenden Ralf Roggenbuck und den stellvertretenden Vorsitzenden Alexander Prill vertreten war. Gegenstand des Gespräches war die Herstellung der amtsangemessenen Alimentation für die Beamtinnen und Beamten im Land Brandenburg unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage des Landes Brandenburg.

Termine:

19. Mai 2026

37. Europäischer Abend

„Digitales Europa. Zwischen Abhängigkeit und Souveränität“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

21. Mai 2026

Tarifsymposium

„Zukunftsfähige Kommunen. Tarifpolitik und Finanzen“

Weitere Informationen unter www.dbb.de